



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 09.02.2023**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:52 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender
Anja Krimmling-Schoeffler	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
	Vertreter für Herrn Haak
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Johannes Menke	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
	Teilnahme bis 17:47 Uhr
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
	Vertreterin für Frau Jacobi
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
	Vertreter für Frau Dr. Burkert
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner
Holger Krause	Sachkundiger Einwohner
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin
Jannik Balint	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Daniel Zwick	Leiter DLZ Klimaschutz
Dr. Robert Pulz	Leiter Abteilung Brand und Katastrophenschutz /RD
Steffen Johannemann	Leiter Abteilung Umweltrechtlicher Vollzug
Jens Otto	Leiter Abteilung Verkehrsplanung
Maik Stehle	stellvertretender Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Guido Haak	CDU Stadtratsfraktion
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Arian Michael Sudau	Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

Herr Raue eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Fragesteller 1 zu Orgacid

Fragesteller 1 verlas folgende Fragen:

1. Seit fast einem Jahr warten wir auf die Genehmigung zum Aufstellen einer Infotafel am Gelände, um die Historie der Chemiewaffenfabrik nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.
2. Welche Untersuchungen wurden bisher beauftragt und durchgeführt, mit welchen Ergebnissen?
3. Wieso verschenkt die Stadt seit 30 Jahren die Einnahmen aus der Grundsteuer, weil ein Eigentümer nicht ermittelt werden kann oder soll?
4. Ist eine historisch-genetische Recherche auch für das ehemalige Plastwerk geplant, denn die chemische Fabrik Buckau und das ORGACID-Werk waren eine Produktionseinheit.
5. Wie bewertet die Stadtverwaltung die Falschaussage der ehemaligen Umweltdezernentin Frau Szabados Es geht um die Rückgabe der finanziellen Mittel vom Bund bzw. vom Land. Hier gibt es eine gravierende Differenz bei der Umschichtung von einigen Millionen DM. (Nachzulesen in der Drucksache der Bundesregierung 13-2733 von 1995)
6. Auf Anregung des Oberbürgermeisters haben wir einen Vorschlag gemacht zur Nutzung des ORGACID-Geländes nach der Sanierung. Wurde dieser Vorschlag seitens der Entwicklungsgesellschaft schon überhaupt einmal bewertet?
7. Wie kommt das Umweltamt zu der Aussage, dass der Geringfügigkeitsschwellenwert auf dem ORGACID-Gelände nicht überschritten ist, obwohl der Gutachter im neuesten Gutachten keine wissenschaftlich begründeten Grenzwerte ausweist?

Weitere Fragen sollten der Verwaltung vorgelegt werden.

Herr Rebenstorf sagte, dass Frau Szabados bereits seit 10 Jahren nicht mehr in der Verwaltung tätig ist und ihre Aussagen deshalb nicht bewertet werden können.

Herr Johannemann antwortete, dass im Juni 2022 über den Stand der Untersuchungen informiert wurde. Im heutigen Ausschuss soll wieder über den aktuellen Stand informiert werden.

Zur Frage 3 teilte er mit, dass die Verantwortung nicht bei der Stadtverwaltung, sondern bei der Grundstückszuordnung liegt.

Zu Frage 4 sagte er eine schriftliche Beantwortung zu.

Zur Nachnutzung teilte er mit, dass die Gefährdungsabschätzung vorliegen muss. Erst wenn diese vorliegt, kann abgeschätzt werden, ob eine Sanierung erforderlich ist.

Zu Frage 7 antwortete er, dass es nur für eine geringe Anzahl an Kampfstoffen Geringfügigkeitsschwellenwerte gibt.

Es lagen keine weiteren Einwohnerfragen vor. **Herr Raue** beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde eröffnet und geleitet vom Ausschussvorsitzenden, **Herrn Raue**. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Raue verwies auf die geänderten Beschlussvorschläge zu:

TOP 4.1

Bau einer Radverkehrsanlage entlang der Waldstraße vom Knoten Nordstraße bis zur Einmündung in die Agnes-Gosche-Straße – Variantenbeschluss

Vorlage: VII/2022/04803

TOP 5.1

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erstellung einer Potenzialanalyse zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren

Vorlage: VII/2022/04991

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht. **Herr Raue** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

Öffentlicher Teil

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.01.2023
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Bau einer Radverkehrsanlage entlang der Waldstraße vom Knoten Nordstraße bis zur Einmündung in die Agnes-Gosche-Straße - Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2022/04803
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erstellung einer Potenzialanalyse zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren
Vorlage: VII/2022/04991

6. Mitteilungen
 - 6.1. Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05198
 - 6.2. Berichterstattung zum Stand der Erarbeitung des Abfallvermeidungskonzeptes
Vorlage: VII/2023/05181
 - 6.3. Informationen zum aktuellen Sachstand der ehemaligen Kampfstofffabrik Orgacid in Halle-Ammendorf
Vorlage: VII/2023/05248
7. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Stadtwald
Vorlage: VII/2023/05158
 - 7.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Grünflächen in der Altstadt
Vorlage: VII/2023/05155
 - 7.3. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Ladesäulen für E-Bikes
Vorlage: VII/2023/05156
8. Anregungen

Nicht öffentlicher Teil

9. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.01.2023
10. Beschlussvorlagen
11. Anträge von Fraktionen und Stadträten
12. Mitteilungen
13. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
14. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.01.2023

Einwendungen gegen die Niederschrift vom 12.01.2023 gab es nicht, sodass diese bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Bau einer Radverkehrsanlage entlang der Waldstraße vom Knoten Nordstraße bis zur Einmündung in die Agnes-Gosche-Straße - Variantenbeschluss** **Vorlage: VII/2022/04803**

Herr Otto führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein.

Herr Aldag sagte, dass bereits 2020 ein Baubeschluss zu diesem Vorhaben gefasst wurde. Er fragte nach den Unterschieden zwischen den beiden Varianten. Er merkte an, dass im Beschluss 2020 umfangreiche Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen aufgelistet waren, welche mit Aufhebung des Beschlusses wegfallen würden. In der neuen Beschlussvorlage ist nicht die Rede von Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen. Er fragte, ob es dann keine Eingriffe gibt.

Herr Otto sagte, dass nach der Beschlussfassung damals eine Mängelliste abgearbeitet werden musste. Er bat darum, den neuen Beschluss zu fassen. Im Anschluss daran, soll nachgeholt werden, was nach dem ersten Beschluss nicht erfolgte und die Unterlagen vervollständigt werden. Zum Baubeschluss sollen alle Unterlagen vollständig sein.

Herr Aldag stellte fest, dass es sich um die gleiche Planung handelt, die ganzen Maßnahmen aber nicht mehr aufgeführt werden.

Herr Otto sagte, dass nochmals in die Vorplanung eingetreten wurde und dass aus formalen Gründen vorher nur ein Variantenverzichtsbeschluss gefasst wurde und keine Bürgerbeteiligung durchgeführt wurde, was dazu führte, dass die Planfeststellungsbehörde nach Verwaltungsverfahrensgesetz einen entsprechenden Verfahrensfehler festgestellt hat. Dieser Fehler soll nunmehr geheilt werden.

Herr Aldag stellte fest, dass die Beeinträchtigungen nach wie vor vorliegen und die Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen wieder erfolgen müssen.

Herr Otto bestätigte dies.

Herr Raue sprach sich für die Beschlussvorlage der Verwaltung aus. Er fragte nach den Planungen für den Schwerlastverkehr und zum Quellverkehr, welcher aus neuen Wohngebieten, beispielsweise Dörlau, Lettin und Blumenau entstehen könnte. Er wollte zudem wissen, wie viele Radfahrer derzeit stündlich und täglich diese Trasse verwenden. Weiter fragte er nach der Mindestbreite eines gemeinschaftlich genutzten Geh- und Radweges.

Herr Rebenstorf gab den Hinweis, dass diese Fragen im Planungsausschuss hätten gestellt werden können.

Herr Otto sagte, dass die Straße mindestens 6,50m breit sein wird. Werte zur Prognose für 2040 sollten sich nicht verändern. Mit zusätzlichen Belastungen durch den Fahrzeugverkehr ist nicht zu rechnen. Er teilte mit, dass die genaue Anzahl der querenden Radfahrer derzeit nicht ermittelt wurde. Hinsichtlich der Mindestbreite eines nutzungspflichtigen Geh- und Radweges teilte er mit, dass ein solcher mindestens die Breite von 2,50m sowie zur Fahrbahn einen Sicherheitsstreifen haben muss.

Herr Raue wollte wissen, was benutzungspflichtig bedeutet.

Herr Otto sagte, dass zwischen einer Nutzungspflicht und Nichtbenutzungspflicht unterschieden wird. Bei baulichen Anlagen dürfen entsprechende Hinweisschilder nur angebracht werden, wenn eine Gefährdungssituation vorliegt. Vorliegend liegt keine Nutzungspflicht des Radweges vor.

Herr Raue fragte, ob es auch Radwege unter 2,50m Breite gibt.

Herr Otto sagte, dass es sich oft um Bestandsanlagen handelt, wo die Verkehrsbehörde entsprechend entscheidet. Nach Straßenverkehrsgesetz werden die Regelwerke entsprechend eingehalten.

Herr Raue sagte, dass die Fahrradnutzung bei solchen Baumaßnahmen wieder erhoben und fortgeschrieben werden sollte.

Herr Otto sagte zu, die letzten Zählungen vorzulegen und bis zum Baubeginn eine erneute Zählung durchzuführen.

Herr Krause fragte, wie solche Prozessmehraufwendungen und Planungsfehler zukünftig verhindert werden sollen. Zudem fragte er, wie viele Bäume aufgrund von Stammdurchmesser und Größe unter die Baumschutzsatzung fallen würden. Weiter wollte er wissen, wie lange der Planungsprozess bisher dauerte und wie lange er sich aufgrund der Verfahrensänderung verzögert.

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Umwelt vor 2 Jahren eine Reform der Zuordnungen durchführte. Bisher war die Planfeststellungsbehörde bei der Planungsabteilung angesiedelt. Durch die Reform wurden die beiden Abteilungen getrennt.

Herr Otto teilte mit, dass bisher davon ausgegangen wird, dass für den Straßenbau keine Baumfällungen erforderlich sind. An der Haltestelle sollen die Bäume durch Wurzelbrücken geschützt und erhalten werden. Bei der Wiederherrichtung des Grabenprofils könnten jedoch wenige Bäume am Graben, die dort wild gewachsen sind beschädigt werden. Er sagte, dass die Planungen 2017 beauftragt wurden und es dann zu einem langen Stillstand gekommen ist, welcher nach der Umstrukturierung aufgearbeitet wird.

Herr Aldag sagte, dass die Planfeststellung beim Landesverwaltungsamt angesiedelt ist. Er fragte, was die Umstrukturierung mit der Verzögerung zu tun hat.

Herr Otto antwortete, dass die Stadt Halle (Saale) in den meisten Fällen, selbst die Planfeststellungsbehörde darstellt. Bei Landesstraßen ist das Landesverwaltungsamt Planfeststellungsbehörde. Die Zuständigkeit für die übrigen Straßen liegt bei der Stadtverwaltung selbst.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Herr Raue** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis SkE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Baubeschlusses EFRE-Radweg Waldstraße zwischen der Nordstraße und Agnes-Gosche-Straße Vorlagen-Nr. VII/2019/00113.
2. Der Stadtrat beschließt als Vorzugsvariante die Variante 4 für die Abschnitte 1 und 2 und die Variante 3 für die Abschnitte 3 und 4 der Vorplanung als Grundlage für die weitere Planung zum Bau einer straßenbegleitenden Radverkehrsanlage entlang der Waldstraße und der notwendigen Folgemaßnahmen.
Ergänzend wird ein Ausbau der übrigen, vom Bau der Radverkehrsanlagen nicht betroffenen Fahrbahnflächen angestrebt.

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.1 **Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erstellung einer Potenzialanalyse zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren** **Vorlage: VII/2022/04991**

Frau Winkler brachte den geänderten Antrag ein und begründete diesen.

Herr Zwick und **Herr Rebenstorf** nahmen Stellung zu den Beschlusspunkten und sprachen sich gegen den Antrag aus.

Herr Raue und **Herr Aldag** schlossen sich den Ausführungen an und sprachen sich ebenfalls gegen den Antrag aus.

Frau Krimmling-Schoeffler stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung.

Herr Raue bat um Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis: **erledigt (durch GOA)**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf dem Stadtgebiet vorhandene Potenziale zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren zu ermitteln und dem Stadtrat im 4. Quartal 2023 zur Kenntnis zu geben.
2. **Im Rahmen der Erarbeitung des kommunalen Wärmeplans für Halle (Saale) Dabei** sind insbesondere folgende Aspekte **hinsichtlich der Nutzung von Abwärmepotenzialen von Rechenzentren** zu untersuchen:
 - ~~a. Möglichkeiten der Einbindung in das bestehende Fernwärmenetz~~
 - a. Aufbau von Nahwärmenetzen
 - b. Flächen und Liegenschaften, die sich als Standort für ein Rechenzentrum eignen würden

- ~~2. Die Stadtverwaltung prüft, ob für die Erstellung der Potenzialanalyse Fördermittel über das Bundesprogramm für effiziente Wärmenetze (BEW) beantragt werden können.~~

zu 6 **Mitteilungen**

zu 6.1 **Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: VII/2023/05198**

Herr Aldag sagte, dass es in der vergangenen Woche umfangreiche Baumfällungen in der Burgstraße gegeben hat, welche in der Baumfällliste nicht enthalten sind. Er fragte, welche Baumaßnahme dort geplant ist.

Zudem bezog er sich auf die Nr. 1490 und fragte, welche Maßnahme geplant ist.

Herr Johannemann sagte, dass es im Herbst vergangenen Jahres einen Antrag auf Fällung von zwei Eschen im Hinterhof Burgstraße 70 gegeben hat.

Herr Aldag sagte, dass es sich nicht um einen Hinterhof handelt.

Herr Johannemann sagte, dass eine weitere Fällung nicht bekannt ist.

Herr Aldag gab den Hinweis, dass es sich um das Eckgrundstück Burgstraße/Gabelsbergerstraße handelt.

Herr Johannemann sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Rebenstorf informierte zur Frage zur Nr. 1490, dass es sich um die Schmiedstraße und dort um den Bereich in Verlängerung der Tankstelle handelt. Dort befindet sich eine Brandwand am Sparkassengebäude. Die gesamte Straßenseite kann bebaut werden. Es sind mehrere Projekte in der Entwicklung.

Frau Krimmling-Schoeffler bezog sich ebenfalls auf die Schmiedstraße und den B-Plan zu Tüchrähm, wo die Tiefgarage versetzt wurde. Sie fragte, ob Sensibilisierungen gegenüber den Investoren erfolgen können, wenn keine Bauanträge gestellt werden müssen.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Untere Naturschutzbehörde gemeinsam mit der Unteren Bauaufsicht Gespräche führen, um Lösungen im Umgang mit dem vorhandenen Bestand zu finden.

Herr Krause bezog sich auf die Baumfällungen Nr. 1480-1483, welche von der WG Eisenbahn beantragt wurden und sagte, dass 14 Bäume ohne Ersatzpflanzungen gefällt werden. Er fragte, warum keine Ersatzpflanzungen erfolgen.

Herr Johannemann sagte, dass die Bäume wegen der Verkehrssicherungspflicht gefällt werden.

Herr Krause sagte, dass trotzdem Ersatzpflanzungen stattfinden könnten.

Herr Johannemann sagte, dass die Wohnungsgenossenschaft nicht an Neupflanzungen gehindert wird. Aufgrund der rechtlichen Grundlage kann diese aber nicht gezwungen werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.2 Berichterstattung zum Stand der Erarbeitung des Abfallvermeidungskonzeptes
Vorlage: VII/2023/05181**

Herr Steinke fragte, ab wann und wie lange die Befragung der Bürgerinnen und Bürger erfolgt.

Herr Johannemann sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.3 Informationen zum aktuellen Sachstand der ehemaligen Kampfstofffabrik Orgacid in Halle-Ammendorf
Vorlage: VII/2023/05248**

-Auf Antrages des Stadtrates Johannes Streckenbach erfolgt zu diesem TOP ein Wortprotokoll.-

Herr Raue

Kommen wir zu 6.3, zum ORGACID-Gelände. Gibt es da Fragen? Krau Krischok hatte sich ja vorbereitet.

Frau Krischok

Ja. Ich habe mich vorbereitet. Ich habe gelesen, das alte auch gelesen und das, was ich unbedingt mal gerne wissen möchte, nicht, es wird irgendwas passieren, ich bin jetzt, ich weiß gar nicht, Seite 6/7, was da angeblich nicht da drin sein soll, aber zu den, Seite 8/9 ist es, weil ich habe dann nochmal vom Umweltbericht 1993 nachgelesen. Da hätte ich auch die halbe Antwort schon gehabt, die jetzt da ist, ist ja doch schon ein paar Jahre her. Können Sie da schon konkretere Dinge sagen, damit ich da nicht alle paar Monate immer wieder frage wie oder was oder so. Das wäre meine Frage, die, es kam ja wieder relativ spät aber ich habe es trotzdem geschafft, das noch zu lesen und ja.

Herr Raue

Herr Johannemann.

Herr Johannemann

Ja, ich hätte eigentlich grundsätzlich vorgehabt, das heute nochmal vorzutragen als Einstimmung für alle. Ich sehe das Nicken und dann würde ich mal beginnen.

Zur Einstimmung nochmal, der Lageplan vom ORGACID-Gelände, Sie sehen dort die Flächen mit der ehemaligen Ausdehnung der ORGACID-Fabrik. Blau und Grün sind die Flächen, die in Privateigentum liegen, sowohl Privatpersonen, das sind die grün gekennzeichneten Flächen, bzw. die blauen Flächen, das sind die Privatfirmen. Sie sehen auch in der Mitte den gelben Fleck, das ist das Grundstück, was Herr Gadde angesprochen hat, wo also bisher kein Grundstückseigentümer ermittelt werden konnte. Das ist eine Fläche, die früher in der Anlage der Vorproduktion und der Lagerung diente.

Dann steige ich nochmal ein auf die Präsentation vom Juni vorigen Jahres, da hatten wir dargestellt, was die Empfehlung des Gutachters zum weiteren Fortgehen war. Da ist also die Klärung Eigentumsverhältnisse nach wie vor offen. Erkundung ehemaliger Feuerlöschteich, das ist die Fläche im nördlichen Bereich, da ist zum Teil was gelaufen, bzw. hat sich dort herausgestellt, aus den Ergebnissen, dass wir hier Handlungsbedarf haben, was die weitere Erkundung betrifft. Erkundung Zisterne, komme ich nachher nochmal drauf, auf einem Grundstück. Zisterne ist hier eine ehemalige Kläranlage, die der Entwässerung des Gebietes nach der Nutzung als ORGACID gedient hat und dann kommen die Punkte Kartierung Grundwassermessstellen und das Grundwassermonitoring, was wir im vorigen Jahr durchgeführt haben, in dem Zusammenhang eine Mengen- und Frachtbetrachtung von Schadstoffen oder Kampfstoffen.

So, der Punkt aktuelle Untersuchungen durch die Stadt. Das war die Ausweisung der Maßnahmen, die in 2022 umgesetzt wurden. Punkt 1, gab es die Chance, von den Archiven, die in Moskau sind, da nochmal mit einer Übersetzung zu einem Ergebnissgewinn zu kommen. Dann die Untersuchung der Zisterne mit einem möglichen Hinweis auf Spuren oder Kampfstoffe, die erweiterte historische Recherche, also weitere Erkundung von Quellen, die sich zwischenzeitlich aufgetan haben und das Grundwassermonitoring.

So, der Punkt 1, die Auswertung der Archive in Moskau, die hat vorgenommen das deutsche-historische Institut. Die hatten glücklicherweise noch Zugang zu den Zeiten, als es noch möglich war. Was sind die wesentlichen Ergebnisse? Also man hat im Prinzip nochmal das bestätigt bekommen, was aus anderen Quellen dargelegt wurde. Also die Bestandsaufnahme von Kampfstoffen zum Kriegsende und es ist auch nochmal ausgeführt worden, dass damals die Besatzungsmacht eine kleine Anlage nochmal kurzzeitig wieder in Betrieb genommen hat, um was zu produzieren. Dann gab es den Befehl von den Militäradministratoren.

Herr Raue

Herr Gadde, würden Sie sich ins Publikum zurücksetzen? Sie können das nicht sehen und lesen. Vielleicht setzen Sie sich einfach mal an das Mikro dran. Das ist ja ausgeschaltet. Dann können Sie es vielleicht besser sehen. Können Sie es jetzt erkennen? Schlecht. Ich würde jetzt tatsächlich eine Ausnahme machen. Nehmen Sie sich einen Stuhl und setzen sich in Ruhe hin. Ist okay.

Herr Johannemann

So, dann gab es im August '45 den Befehl der Militäradministratoren zu Demontage und zur Verbringen dieser ganzen Produktionsanlage in die Sowjetunion. Diese Demontage wurde auch im zweiten Halbjahr umgesetzt und man hat im Frühjahr '46 das Werk gesprengt. Also von den 74 Gebäuden wurden 4 demontiert, 3 an die Zivilwirtschaft übergeben und 67 wurden gesprengt. Ein Teil der Kampfstoffe, also Stickstoff wurde in die Sowjetunion verbracht. Der überwiegende Bestandteil der Kampfstoffe wurde durch Verbrennung vernichtet und aus den Akten in Moskau ist dokumentiert, dass die unterirdischen Rohrleitungen hier mit einer Gesamtlänge von 1,5km gesprengt wurden. Dann gab es noch Hinweise auf die Lage unterirdischer Kanäle oder Leitungen.

Die nächste Etappe waren die Untersuchungen der ehemaligen Zisterne in der Eisenbahnstraße 10. Ich will das mal kurz oben auf der Karte zeigen. Das ist also eine typische DDR-Gemeinschaftskläranlage eines etwas größeren Umfangs, wo also die Abwässer aus dem Areal ORGACID durchgeleitet wurden. Mit der Erschließung Schmutzwasser wurde dieser außer Betrieb genommen und durch den Eigentümer jetzt als Regenwasserzisterne genutzt. Dort sind Stoffbeprobungen sowohl vom Wasser, Schlamm, als auch Boden, also die Luft in der Zisterne vorgenommen worden. Es sind keine Resttypischen Verbindungen nachgewiesen worden, auch kein Nachweis von leichtflüchtigen Kohlenwasserstoffen. Der einzige Befund, der auffällig ist, ist Chlorbenzol. Eine Quelle konnten wir bisher nicht zuordnen oder nicht erkunden.

Das nördlich gelegene Grundstück, die Eisenbahnstraße 9, Sie sehen da so einen blauen Kringel. Das ist hier ein Antrag auf Umnutzung. Dort ist ja in dem Verwaltungsgebäude eine Disko und in der Außenanlage wird eine Art Beach-Club betrieben. Da gibt es einen laufenden Antrag auf Umnutzung und in dem Zusammenhand hatten wir gefordert, dass eine Gefährdungsabschätzung für diesen Bereich erstellt wird und das ist erfolgt. Die Ergebnisse, also das ist sehr umfangreich untersucht worden, mit Rammkernsondierungen, die auch mit zu Bodenluftpegeln ausgebaut wurden, wo wir also sowohl Boden untersucht haben als auch die Bodenluft. Grundwasser wurde da nicht erkundet. Es sind wiederum keine lostypischen Verbindungen festgestellt worden, auch nicht in der Bodenluft und die Prüfwerte für die beantragte Nutzung werden klar eingehalten.

So, dann noch die erweiterte Recherche zum ORGACID-Gelänge, also die Erschließung anderer zugänglicher Quellen in anderen Archiven. Dort wurde nochmal festgestellt, was sicher nicht neu ist, dass diese Handlungsempfehlungen aus den 50er Jahren seiner Zeit nur schleppend umgesetzt wurden. Das heißt, die Abdeckungsabsicherung wurde nur zögerlich umgesetzt. Offensichtlich ist in dem gesamten Areal der ehemaligen Füllstelle, Feuerlöschteich illegal Abfälle verbracht wurden. Offensichtlich Galvanikabfälle, Schlämme. Also wir haben dort einen hohen Gehalt an Schwermetallen festgestellt und sonstige Stoffe auch noch im Boden, die weiter zu untersuchen sind und der Lostkanal also von der Produktion über den Bunker zur Füllstelle wurde in den Unterlagen erkundet, sodass man den lagemäßig in etwa einordnen kann. Es gab wieder einen Chlorbenzolfbefund aber es gibt keinerlei Hinweise auf eine örtliche bzw. chemisch-technologische Quelle. Und dann wurden quasi nochmal Handlungsempfehlungen für folgende Recherchearbeiten erstellt:

Grundwassermonitoring, hier haben wir nochmal die Fließrichtung von Nord nach Süd. Es sind also an 10 Grundwassermessstellen nochmal Proben genommen wurden. Die Ergebnisse sind hier nochmal dargestellt, also diese Vermutung auf Arsen hat sich überhaupt nicht bestätigt, weder Arsen noch Arsenkampfstoffe wurden nachgewiesen. Schwermetallgehalte im Grundwasser grundsätzlich unter der Bestimmungsgrenze, also keine negative Beeinflussung. Es gibt zwei Einzelnachweise an Schwermetallen, aber die sind weit im Süden, also die haben mit ORGACID nichts zu tun. Und die LHKW wurden an allen Grundwassermessstellen gefunden. Ja ist kein Wunder, wir wussten ja, dass es im Ammendorfer Plastwerk diese Havarie gab mit den Lösemitteln und das hat sich hier bestätigt und die Lostverbindungen wurden auch nicht nachgewiesen bzw. an zwei Grundwassermessstellen oben in dem Bereich Chemiestraße, sage ich mal, dort wurden zwei Konzentrationen festgestellt. Alle anderen keine Nachweise möglich. Und die festgestellten Konzentrationen liegen noch unter den Geringfügigkeitsschwellenwerten.

Daraus kann man jetzt nicht den Entschluss ziehen, wir klappen die Akte ORGACID zu, sondern wir werden weiter wie angekündigt hier nochmal untersuchen, in dem wir also den nördlichen Bereich nochmal vertieft unter die Lupe nehmen, dazu sind also auch Gespräche mit dem Eigentümer anberaunt, um den Untersuchungsumfang dort abzustimmen. Das ist der Bereich Füllstelle und Feuerlöschteich im Norden oben. Das ist natürlich auch mit Kampfmit-

telbeseitigungsdienst etc. da laufen also viele Faktoren zusammen, schnell wird es also nicht gehen, das kann ich Ihnen sagen. Doch, Sie erleben das noch, Frau Krischok.

Und weiter die vertiefende Erkundung des Areals insgesamt, insbesondere mit der Planung und der Errichtung von Grundwassermessstellen, um auch innerhalb des ORGACID-Geländes einen Erkenntnisgewinn zu erlangen. Das soll es erstmal gewesen sein. Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Herr Raue

Okay. Vielen Dank. Herr Johannemann. Ja, dann hätte ich noch eine Frage. Frau Krischok, Ihre Frage ist ja somit eigentlich erstmal umfassend beantwortet? Genau. Ansonsten fragen Sie nachher nochmal nach, melden sich.

Ich hätte nur nochmal eine Frage, weil ich das jetzt nicht gesehen habe in der Kurzgrafik, kann natürlich Teil der Gesamteinschätzung gewesen sein, die Grundwassermessstellen, gibt es denn da eine Grafik zu dem Netz, was gegebenenfalls sich jemand überlegt hat. Das wäre gut, wenn das dem Ausschuss nochmal zur Verfügung gestellt wird, dass wir uns so eine Vorstellung machen, dass da auch die Grundwasserfließrichtung mal eingezeichnet ist, insbesondere auch die Geländeneigung, halte ich für wesentlich, um die Abflussrichtung des Oberflächenwassers und gegebenenfalls die Versickerungsbereiche mal anzuschauen, ob im Prinzip dort auch, ich geh mal davon aus, dass Sie das gemacht haben, dass auch dort Grundwassermessstellen eingerichtet sind. Ich nehme auch an, dass über die Jahrzehnte eine Verdünnung der Gefährdungstoffe stattgefunden hat und sicherlich auch ein Abtransport, wie Sie sagen, auch über die öffentliche Kläranlage und dann ist da auch nicht mehr so viel möglicherweise zu erwarten. Ich habe jetzt aus dem Vortrag und aus der Niederschrift von Ihnen entnommen, dass die Kontamination, die jetzt noch besteht, tatsächlich nicht mehr so, also, dass sie unterhalb der Gefährdungsschwelle liegt, das habe ich so verstanden. Deswegen frage ich mal, gibt es für dieses Areal jetzt ein Nutzungskonzept und was müsste ein Investor jetzt betreiben, also Stichwort weitere Dekontamination, um dieses Gelände beispielsweise betrieblich zu nutzen. Für den Wohnungsbau steht es ja sowieso nicht derzeit zur Verfügung. Das wäre meine Frage.

Herr Johannemann.

Herr Johannemann

Also wie gesagt, die Zielstellung ist ja im Rat beschlossen, ein Gewerbe- und Industriegebiet. Das ist eine maximale Nutzung, die man sich dort vorstellen kann. Zu welchen Bedingungen oder was da notwendig ist, um das Herzustellen, soweit sind wir noch nicht. Unser erster Schritt ist ja diese Gefährdungsabschätzung, die zu erstellen ist. Die muss ja erstmal abgeschlossen werden. Da sind ja die verschiedenen Umweltbestandteile zu bewerten. Wir haben uns jetzt über den Pfad Grundwasser dieser Thematik genähert und werden das jetzt auch noch mal weiter intensivieren. Wie gesagt, es gibt Vorstellungen des Gutachters, wo er überall Grundwasserstellen haben möchte. Das ist aber eine Wunschliste, die müssen wir mal mit den Möglichkeiten abgleichen, die wir tatsächlich haben. Und man muss auch die Bodenschichtung dort, ich sage mal beachten. Also wir haben ja neben der Auffülle, die dort erstmal ist, eine gewisse Mächtigkeit an und in 10m Tiefe haben wir Grundwasserleiter. Was da in welchem Umfang notwendig ist an Sanierungsmaßnahmen, das kann erst die Gefährdungsabschätzung ausweisen. Soweit sind wir noch nicht. Aber es wird in dem Fall teuer.

Und auch die Errichtung der Grundwassermessstellen, ich sage mal, allein im unbelasteten Bereich, so eine Grundwassermessstelle, wenn ich frei handeln kann, kostet 10.000€ in der Tiefe. Hier muss ich mit Kampfmitteldienst, mit besonderen Vorsichtsmaßnahmen, wir haben einen Arbeits- und Sicherheitsplan, also es sind gewaltige Zusatzaufwendungen, die hier erforderlich sind. Das können nur Spezialfirmen und da wird es schon eine Herausforderung, die überhaupt zu bekommen. Abgesehen vom Finanziellen.

Herr Raue

Wenn ich nochmal nachfragen darf, Herr Johannemann. Wie viele Grundwassermessstellen sind denn jetzt da und wie viele, ich geh mal davon aus, eine Messstelle ist so eine Sonde, die in den Boden kommt, vielleicht können Sie nochmal kurz sagen, was zusätzlich geplant ist.

Herr Johannemann

Sie müssen sich das vorstellen wie ein kleiner Brunnen, also es wird gebohrt und den Tiefen, wo der Grundwasserleiter ist, wird der verfiltert und in diesem verfilterten Bereich können auch Proben entnommen werden. Das ist ein Bohrdurchmesser von 30-40cm, je nachdem, wie die Messstellen ausgebaut werden. Das ist also entsprechend aufwändig, erstmal in der Herstellung und jetzt muss ich zurückfragen, was war Ihre Frage nochmal?

Herr Raue

Wie viele es zurzeit gibt und wie viele zusätzlich geplant sind.

Herr Johannemann

Es gibt im Abstrombereich unzählige Messstellen, ich würde, wir können da mal eine Karte bereitstellen, wie viele Messstellen im Abstrom sind, das Problem ist, dass im Gelände selbst, nicht allzu viele da sind, wo wir also, ich sage mal, eine Quellenortung vornehmen kann. Da muss man nachgreifen. Und wir würden uns dem Thema so nähern, dass wir erstmal diesen nördlichen Bereich ergründen und dann nochmal den Bunkerbereich, was südlich davon ist und dann Step by Step bestimmte Flächen vielleicht ausschließen, wo es also offensichtlich nicht problematisch wird um uns dann so langsam dem Kern zu nähern.

Herr Raue

Da ich jetzt von der chemischen Zusammensetzung der Stoffe, die habe ich zwar jetzt gelesen, aber ich weiß nicht wie die sich langfristig entwickeln, ist davon auszugehen, dass sich über die Jahre da so eine Verdünnung ergeben hat, dass das insgesamt zu einer geringen Problematik führt oder ist davon nicht auszugehen, weil die Stoffe einfach, natürlich so, wie sie jetzt vorkommen, eine ziemlich lange Bestands-, ich weiß nicht, da gibt es ein Wort für, haben.

Persistenz, genau.

Herr Johannemann

Ja, also ich sage mal, die Abbauprodukte von Lost, die sind eben persistent, das heißt, die sind langzeitstabil und bleiben dort. Wie der Verdünnungseffekt ist, wir haben es ja hier gesehen, wie der Verdünnungseffekt ist, wir haben es ja hier gesehen, wir haben es auch bei allen anderen Messungen, die wir in den Vorjahren gemacht haben, in dem weiteren Abstrombereich, Konzentrationen unter der Nachweisgrenze feststellen können oder müssen. Und wie gesagt, eben den näheren Bereich gibt es Konzentrationen in der Messreihe. Im vorigen Jahr waren die unterhalb der Geringfügigkeitsschwellenwerte. Der Gutachter sagt dann auch, ja, das ist nicht vergleichbar mit den anderen Messergebnissen, also man möchte dann doch nochmal eine Messreihe erstellen, um mit Sicherheit diese Messergebnisse bewerten können. Das heißt, da sind weitere Untersuchungen erforderlich, mit zusätzlichen Messstellen.

Herr Raue

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Ja, vielen Dank, Herr Johannemann. Das ist doch schon eine ganz umfangreiche Auskunft, die Sie hier erteilen. Auch herzlichen Dank, vor allem für die Grafik auf Seite 1. Das ist aus meiner Sicht eine qualitative Weiterentwicklung zu den bisherigen Schemen. Ich möchte nochmal aufgreifen auf die ein bis zwei Punkte, die genannt wurden zum Thema Grundwassermessstellen. Wenn Sie mal auf Seite 7, da sind wir glaube ich gerade, sich noch einmal den Plan anschauen, Sie haben gesagt, an 10 Standorten wurde gemessen und wir sehen nur 2 Messstellen liegen auf dem Gelände, eine noch am Rand. Da ist es natürlich, wie viele

Messstellen wären eigentlich nötig, Sie haben es so ein bisschen angedeutet, wie viele Messstellen wären eigentlich nötig, neu, damit man das Gelände komplett und systematisch erfassen kann. Mich wundert, dass eine Messstelle, die 2018 Abbauprodukte ermittelt hat, übrigens oberhalb der Geringfügigkeitsschwelle, da muss ich kurz ein bisschen korrigieren, leider, dass die hier in der Grafik nicht auftaucht und dass dort nicht gemessen wurde. Also, weil das Ziel dieser Grundwasseruntersuchung mit den Messstellen soll ja sein, dass man Schadstoffquellen, Rückschlüsse auf die Verortung ziehen kann und da nützt es mir natürlich nicht sehr viel, wenn ich in der Heimstättensiedlung oder wo auch immer messe. Deswegen die Frage, wie viele sind denn nötig?

Herr Johannemann

Also, so viel wie möglich, das kann ich Ihnen sagen, Herr Streckenbach. Aber, Sie haben schon Recht, entlang der Chemiestraße haben wir etliche, also direkt südlich der Werks-grenze an der ehemaligen, haben wir etliche Messstellen, die wir nutzen können. Wie viele jetzt auf dem ehemaligen Betriebsgelände zwingend, ich würde mal sagen, mindestens drei bis vier, Minimum. Aber ich denke, dass ich nicht das Ende der Fahnenstange. Also, das ist ein Prozess, wo man so über den Erkenntnisgewinn, der sich aus diesen Messstellen und der Beprobung ergibt, weil weitere Erkenntnisse ableiten müssen, wie es weitergeht. Und wir können jetzt nicht, die Finanzierung steht auch noch gar nicht, wir können nicht sagen, wir machen jetzt zwanzig Messstellen auf dem Areal. Das ist illusorisch.

Herr Raue

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Ich habe noch drei Nachfragen. Die nächste Frage, Verständnisfrage, auch Seite 7, der letzte Anstrich. Wenn Sie schreiben, vor Abbauprodukte von Lostverbindungen, heißt das, Lost-Abbauprodukte oder sind das jetzt Abbauprodukte von Abbauprodukten? Das ist für mich nur eine Verständnisfrage. Ich kann jetzt hier leider auch nicht nachvollziehen, nach welchen Abbauprodukten Sie gesucht haben und welche quasi dort eine Rolle spielen. Das müsste man gegebenenfalls noch mal einsehen dann. Aber, vielleicht können Sie, nur zum Verständnis, weil das hier so doppelt gemoppelt sich liest.

Herr Raue

Herr Johannemann.

Herr Johannemann

Ja, untersucht wurden die Abbauprodukte von Lost. Die Stoffliste habe ich jetzt nicht parat, aber die ist einsehbar.

Herr Streckenbach

Danke. Dann ein kurzer Sprung zu Seite 5. Sie haben ja zur Gefährdungsabschätzung Areal Eisenbahnstraße 9 aufgeführt, dass Sie elf Rammkernsonden bis in zwei Meter Tiefe durchgeführt haben. Am Anfang habe ich nicht so ganz verstanden, warum das gemacht wurde. Offensichtlich, ich habe das jetzt so verstanden, weil dort ein Umnutzungsantrag des Eigentümers vorliegt. Es ist natürlich klar, dass man in zwei Meter Tiefe solche Stoffe nicht finden wird. Zum einen teilweise wegen Abraum, der dort drauf ist, zum anderen, weil auch schon in einem Gutachten in den 90-igern steht, die wurden in fünf, sechs, sieben Metern Tiefe gefunden. Also, dass nur mal für mich jetzt zum Verständnis, warum überhaupt, das dort gemacht wurde.

Herr Johannemann

Also, vielleicht ganz kurz darauf die Antwort. Der Antrag geht ja auch die Umsetzung und die geplante Nutzung muss ja beurteilt werden, ob das gefährlich ist oder nicht. Das heißt, über die möglichen Kontakte, die man haben kann im Oberboden etc. durch die Nutzer, muss

eine Gefährdungsabschätzung gemacht werden und das ist in dem Fall erfolgt. Da ist es nicht zielführend in fünf Metern Tiefe zu schürfen. Das was wir dort was finden werden, ja, aber für die Nutzung explizit reicht diese Untersuchung aus.

Herr Streckenbach

Hat das die Stadt finanziert, wenn der Eigentümer das umnutzen möchte?

Herr Johannemann

Nein.

Herr Streckenbach

Okay. Und letzte Frage von meiner Seite. Auf Seite 6, da beschreiben Sie ja eine ganze Liste an Stoffen, die im Bereich Füllstelle, Feuerlöschteich, nachgewiesen wurden sind, zu mindestens verstehe ich das so. Dort ist ja auch diese Grabung, die ich dort gesehen habe und ich habe ja dort wahrgenommen, dass es offensichtlich Kontamination aus zwei unterschiedlichen Zeiträumen im Boden gibt, ich sage jetzt mal, hell, dunkel, damit Sie einfach das Bild vor Augen haben. Diese ganzen Stoffe, die Sie jetzt hier aufführen, ist das jetzt, kann man zuordnen, in welchen Bereich die dort gefunden wurden? Und in dem Zusammenhang noch, das sind ja immerhin auch die Stoffe, die auch schon in den 90-igern dort waren, festgestellt wurden sind, bis auf einen, der fehlt hier, Zyanide. Jetzt wollte ich mal fragen, warum auf Zyanide jetzt dort nicht gesucht wurde.

Herr Johannemann

Zum letzten Punkt muss ich die Antwort schuldig bleiben. Wir hatten also ein vorgegebenes Untersuchungsspektrum an Schwermetallen, etc., was bei den nächsten Untersuchungen noch mal ausgeweitet werden soll. Also von neun Schwermetallverbindungen machen wir jetzt dreiundzwanzig, demnächst, um das noch mal abschließend beurteilen zu können. Und ja, das ist jetzt ein Untersuchungsprogramm, was wir für diesen Bereich aufstellen, um abgrenzen zu können, was ist dort wie verbraucht wurden, ob uns gelingt, da eine Quelle zu erschließen, das lasse ich mal offen. Aber zumindest müssen wir zu dem Erkenntnisgewinn kommen, dass wir sagen können, was dort konkret liegt, in welcher Kubatur und was davon für eine Gefährdung ausgeht, ja oder nein.

Herr Raue

Herr Doege.

Herr Doege

Ich habe nur mal kurz eine Frage.

Herr Raue

Ganz kleinen Moment. Herr Gadde? Wenn Sie eine Frage haben, geben Sie die Herrn Doege, der kann sie für Sie stellen, Sie dürfen leider nicht sprechen. Aber suchen Sie sich einen Stadtrat, den Sie gut finden. Alles klar. Herr Doege.

Herr Doege

Dieses Chlorbenzol, ein Durchdringen von der Druck- und Lederwarenfabrik, die da war, unwahrscheinlich, weil ich kenne das Zeig als Hilfsmittel in der Lackherstellung.

Herr Johannemann

Ja, also wir haben weiter im Norden eine Messstelle und es ist bisher nichts gefunden wurden. Wie gesagt, der Gutachter ist auch ein bisschen ratlos, weil es gibt auch von der ganzen Genese dort, was die Produktion betrifft, überhaupt keinen Hinweis auf den Stoff.

Herr Raue

Herr Krause, wenn Sie noch möchten.

Herr Krause

Ja, und zwar, ich habe im Grunde bei der (unverständlich) mich zur Einordnung, überhaupt was ist Lost, mich dann noch einmal auf der Bahnfahrt schlau gemacht. Also, in dem Chemie.de Lexikon online, also, dass es quasi Senfgas ist und da bin ich aber über einen Satz drüber gestolpert und die Frage zieht daraufhin. Sie haben eine Zisterne verortet und hier in diesem chemie.de steht, sinngemäß, das auf dem (unverständlich) Camillo-Irmscher-Straße, Ammendorf acht weit verzweigte grün geflieste Zisternen wären. Acht und nicht eine. Und deswegen mal nachgefragt, ob das jetzt im Grunde genommen fundiert ist oder ob das im Grunde genommen, wie weit ist das komplett kartiert wurden ist und das wirklich zweifelsfrei ist.

Herr Raue

Herr Johannemann.

Herr Johannemann

Ja, also diese acht Zisternen, das ist der Bunkerbereich und in diesem Bunker sind, ich sage mal, Lagerzisternen für die Kampfstoff Lost rausgebaut gewesen und die waren hochwertig gefliest. Also, das war tip top. Das ist also nicht eine Zisterne, wie wir sie hier untersucht haben, sondern das ist der Bunker, Kampfstoffbunker mit den Lost-Kammern.

Herr Raue

So, Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Ich wollte Frau Krischok nicht vorgreifen, aber die Frage, die mir jetzt gerade noch eingefallen ist, warum bei der Erkundung des Lost-Kanals, ich gehe davon aus, dass das passieren wird noch, es stand so ein bisschen optional auf dem, aber ich gehe jetzt mal davon aus, warum dabei nicht gleich die Abwasserkanäle dabei mit untersucht werden, erkundet werden.

Herr Johannemann

Wir gehen in Richtung Gefährdungsabschätzung und da konzentrieren wir uns erstmal auf diese Stoffkanäle.

Herr Raue

Okay, Frau Krischok.

Frau Krischok

Ich habe ja vorhin mit meiner Bemerkung, dass ich das nicht mehr erleben werde, das schon ein bisschen ernst gemeint, weil, was ich in den letzten Monaten nie und nirgends gefunden habe, wie lange in den Beton, der ja noch in der Erde ist, wie lange da noch Ausdünstung, sagt mal, glaube ich, anders dazu, aber mir fällt gerade kein besserer Begriff ein. Also, es hat mich so ein bisschen an Kernenergie erinnert. Gibt es da irgendwas? Ich meine, ich habe dazu nichts gefunden, wie lange das wirklich nachwirkt, weil selbst, wenn wir Gewerbe da drauf machen, anderes ist ja ohnehin nicht machbar, aber selbst das würde aus meiner Sicht ja auch noch Jahrzehnte dauern, eh das machbar wäre.

Herr Johannemann

Ja, ich kann jetzt auch nur ganz allgemein darauf antworten. Da der Kampfstoff Lost in Kontakt mit Wasser und Luft zerfällt relativ schnell. Da ist die Halbwertszeit, die ist weg. Was wir natürlich haben sind die Abbauprodukte oder die Zerfallprodukte und die sind stabil und da gibt es, ich sage mal, nur für einen Teil der Stoffe, ich sage mal, gesundheitliche Einschätzungen oder Vorgaben von Schwellenwerten und die bleiben uns natürlich, so, wie es aussieht, erstmal erhalten vor Ort. Wie gefährlich die sind kann man nicht abschließend ein-

schätzen. Wie gesagt, aus den Daten, die wir jetzt haben, muss man jetzt nicht Alarm schlagen. Wir können die Akte nicht zuschlagen aber es sind keine Daten da, die, sage ich mal, Anlass zur Beunruhigung geben.

Herr Raue

Gut, dann haben wir diese Vorlage auch zur Kenntnis genommen und bedanken uns.

-Ende Wortprotokoll-

zu 7 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Stadtwald
Vorlage: VII/2023/05158**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 7.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Grünflächen in der Altstadt
Vorlage: VII/2023/05155**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 7.3 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Ladesäulen für E-Bikes
Vorlage: VII/2023/05156**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Anfragen von Frau Krischok

Frau Krischok verlass folgende Fragen:

1. Wann wird ein überarbeiteter Brandschutzbedarfsplan vorgelegt?
2. Aus welchen Gründen ist die angekündigte Einführung der Dienstplansoftware bei der Feuerwehr sowie die Mitbestimmung des Personalrates noch nicht erfolgt?
3. Wie ist der aktuelle Stand der Reparaturleistungen auf dem Marktplatz und dem Wochenmarktplatz in Neustadt?
4. Wo ist der Geburtenwald geplant? Wer trägt die Folgekosten? Mit welchem jährlichen Betrag wird gerechnet?

Antwort zu Frage 1 und 2:

Herr Pulz antwortete, dass die Überarbeitung eines Brandschutzbedarfsplanes bereits in Arbeit ist. Die letzten Monate waren vorwiegend durch die Corona-Pandemie, Flüchtlingslage

und die Vorbereitung auf eine mögliche Gasmangellage geprägt. Alle verfügbaren Mitarbeiter wurden daher zur Bearbeitung dieser Themenkomplexe benötigt, sodass die Überarbeitung des Brandschutzbedarfsplanes erst einmal ruhte. Er führte weiterhin aus, dass die Dritte Wache in Halle, welche in Kürze ihre Tätigkeit aufnehmen wird, den Brandschutz in Halle (Saale) wesentlich verändern wird. Es werden sich u.a. Hilfsfristen verändern. Die neue Wache muss im Plan Berücksichtigung finden. Er sagte, dass ein Entwurf für den Herbst vorgesehen ist.

Antwort zu Frage 3:

Herr Rebenstorf antwortete, dass auf dem Marktplatz elf Elektranten funktionstüchtig sind und neun neue Elektranten bestellt wurden. Die Lieferzeit beträgt mehrere Wochen. Die Plattenbelagsschäden werden sofort nach Ende der Frostphase behoben. Die Reparatur in Halle-Neustadt wird bei zwei Elektranten bis Ende März ausgeführt.

Antwort zu Frage 4:

Herr Johannemann antwortete, dass sich die Fläche am Parkplatz Köllmer Weg befindet. Die erste Pflanzaktion findet am 04. März statt. Die Folgekosten werden durch die Stadt getragen, da es sich um Stadtwald handelt.

zu 7.5 Anfragen von Frau Krimmling-Schoeffler

Frau Krimmling-Schoeffler verlass folgende Fragen:

1. Von wem wurde das Unterholz in der Teichstrasse entfernt? Wenn es die Stadtverwaltung angeordnet hat, aus welchem Grund?
2. In der Sitzung im Januar 2023 berichtete Herr Zwick von einem Fördermittelantrag, welcher sich speziell mit der Fernwärme beschäftigt. Verbunden damit war ein Termin mit der neuen Bundesstelle Kommunale Wärmeplanung. Können Sie uns kurz die Ergebnisse dieses Gespräches darlegen?

Antwort zu Frage 1:

Herr Johannemann antwortete, dass der Eigentümer die Entfernung des Unterholzes in der Teichstraße veranlasst hat. Bei der Fläche, auf der das Unterholz entfernt wurde, handelt es sich um eine Fläche, für die ein festgesetzter B-Plan existiert, wo Wohnbebauung möglich ist. Die Stadtverwaltung ist mit dem Eigentümer bezüglich eines anderen Sachverhaltes im Gespräch. Bei dem Sachverhalt ist für eine andere Fläche die Waldeigenschaft festgestellt worden. Der Eigentümer hat vor diesem Hintergrund wahrscheinlich gehandelt und das Unterholz entfernen lassen.

Antwort zu Frage 2:

Herr Zwick antwortete, dass der Termin am 25. Januar stattgefunden hat. Teilgenommen haben Vertreter des Kompetenzzentrums Kommunale Wärmewende, Vertreter der Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt, Vertreter der EVH und Vertreter der Stadtverwaltung. Es war ein klassischer Austauschtermin. Es wurde zum aktuellen Stand in Halle berichtet, was die kommunale Wärmeplanung, die Wärmetransformation und die Transformation des Fernwärmenetzes betrifft, wie der Stand ist, sowie der Stand der Förderanträge.

Das Kompetenzzentrum selber hat einen Einblick gegeben. Dieses ist neu und befindet sich noch im Aufbau. Es wurde weiterhin über das gesamte Serviceportfolio informiert, welches das Kompetenzzentrum dann den Kommunen anbieten möchte.

Es wurden Möglichkeiten der Zusammenarbeit angesprochen. Weitere Treffen werden stattfinden.

Mit der Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt erfolgte ein Austausch zu den Förderkulis- sen, die momentan vorhanden sind, welche Herausforderungen für Kommunen bestehen, und ob nicht die Landesenergieagentur und das Kompetenzzentrum sich gemeinsam an den Fördermittelgeber richten können und flankierend zur Stadt dann nachschärfen können, um die größten Herausforderungen abzumildern.

zu 7.6 Herr Aldag zu Baumfällungen

Herr Aldag sagte, dass auf der Fläche hinter der Matthias-Claudius-Straße Bäume wegge- holzt wurden. Er fragte, welche Baumaßnahme dort geplant ist.

Er sagte weiterhin, dass es im Advokatenweg Baumfällungen gab. Diese Maßnahme war nicht antragspflichtig. Wenn die neue Baumschutzsatzung schon bestätigt wäre, wären Er- satzpflanzungen möglich. Er fragte daher, wann die neue Baumschutzsatzung vorgelegt wird und ob schon Ausschreibungen für die zwei neu zu besetzenden Stellen vorliegen.

Herr Johannemann antwortete, dass es noch keine Ausschreibungen gibt. Er sagte, dass die rechtssichere Ausgestaltung der Baumschutzsatzung noch nicht abgeschlossen ist. Ein Entwurf ist für das erste Halbjahr vorgesehen.

zu 7.7 Herr Krause zum Lutherplatz

Herr Krause sagte, dass auf der westlichen Seite des Lutherplatzes eine Bedarfsampel in- stalliert wurde, obwohl an derselben Stelle ein Fußgängerüberweg vorhanden ist. Er fragte nach den Gründen der Einrichtung, nach dem möglichen Zeitraum und wie der Fußgänger- verkehr insgesamt perspektivisch gestaltet werden soll.

Die Frage wird schriftlich beantwortet.

zu 7.8 Herr Krause zu den Lichterwelten im Zoo

Herr Krause fragte, ob es Lärmbeschwerden hinsichtlich der Lichterwelten im Zoo gibt.

Herr Pulz sagte, dass ihm nichts bekannt ist, die Frage aber schriftlich beantwortet wird.

zu 7.9 Herr Krause zu einem möglichen Blackout

Herr Krause fragte, ob Halle auf einen möglichen Blackout vorbereitet ist.

Herr Pulz sagte, dass Halle (Saale) für einen möglichen Blackout bereits Vorbereitungen getroffen hat. Egal wie gut eine Behörde vorbereitet ist, ein Blackout verursacht gravierende Einschnitte in das öffentliche Leben. Halle (Saale) ist darauf vorbereitet, die Einschnitte für die Bevölkerung erheblich zu mindern. Er sagte, dass eine detaillierte Auflistung vorgelegt werden kann.

zu 7.10 Frau Winkler zur Stellenausschreibung Förster

Frau Winkler fragte nach dem Stand zur Stellenausschreibung Förster.

Herr Johannemann sagte, dass der Stellenplan mit der Bestätigung des Haushalts bestätigt ist. Die Ausschreibung ist vorbereitet. Er sagte zu, den Stand der Veröffentlichung in Erfahrung zu bringen.

zu 7.11 Herr Doege zur Straßenbeleuchtung auf der Leipziger Straße

Herr Doege fragte, warum die Straßenbeleuchtung zwischen Markplatz und der Konzerthalle nicht funktioniert.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 7.12 Frau Wolf zur Eingriffsregelung im B-Plan-Verfahren

Bezugnehmend zur Eingriffsregelung im B-Plan-Verfahren fragte **Frau Wolf**, wann in der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung der IST-Zustand zu Grunde gelegt wird.

Herr Rebenstorf sagte, dass es diesbezüglich noch einen Workshop geben soll. Mit dem Ausschussvorsitzenden des Planungsausschusses wurde vereinbart, dass zur Sitzung März eine Information erfolgen wird und innerhalb von 14 Tagen ein Arbeitsgespräch dazu stattfindet. Die Mitglieder des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung erhalten ebenso die Unterlagen und die Einladung.

zu 7.13 Herr Raue zu einem möglichen Blackout

Herr Raue fragte, ob es in den Tankstellen, bei einem möglichen Blackout, Vorkehrungen gibt, dass diese durch Notstromaggregate betrieben werden.

Herr Pulz antwortete, dass die Treibstoffvorräte für Netzersatzanlagen begrenzt sind. Der Markt wird bei einem Blackout nicht mehr funktionieren. Halle (Saale) hält selber Kraftstoffreserven vor (vorwiegend für Feuerwehr und Rettungsdienst und zur kurzfristigen Überbrückung anderer Einrichtungen). Das Land Sachsen-Anhalt plant eine zentrale Verteilung von Kraftstoff im Krisenfall. Die Planungen sind allerdings noch nicht abgeschlossen. Halle (Saale) hat weiterhin Kontakt zu drei großen Tankstellenketten aufgenommen und diese um Installierung von Notstromspeisevorrichtungen gebeten. Man könnte dann mit einer Netzersatzanlage die Tankstelle wieder in Betrieb nehmen. Es gibt bereits bundesweite Initiativen und man

erwartet eine zentrale Lösung, sodass jede Stadt und jeder Landkreis diese einspeisefähigen Tankstellen flächendeckend erhalten wird.

zu 8 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Herr Raue bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Maik Stehle
stellvertretender Protokollführer